

Jahresbericht 2016 – was wir zusammen erreicht haben



Berlin, den 20.02.2017

Liebe Freundinnen und Freunde von GiB,

2016 war ein intensives Jahr für unsere Arbeit gegen die Privatisierung der Daseinsvorsorge. Im Fokus stand die geplante Grundgesetzänderung, mit der Privatisierungen von Bau und Betrieb von Schulen und Autobahnen gefördert werden sollen. Besonders gravierend: Bei diesem Anliegen der Bundesregierung geht es nicht um ein einzelnes Projekt, sondern um ein **Paradigmenwechsel – private Investitionen in die Daseinsvorsorge sollen per Grundgesetz ermöglicht werden!**

Wir konnten verhindern, dass das Vorhaben von der Regierung bagatellisiert wird. Verkehrsminister Alexander Dobrindt wollte es verharmlosen: das wäre eine reine Verwaltungsreform. Der Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel wollte es verstecken: mit doppelter Privatisierungsbremse habe er die Privatisierung verhindert. Der Finanzminister Wolfgang Schäuble wollte beschwichtigen: ÖPP werde heute schon gemacht, es ändere sich also nichts. Wir haben es geschafft, dass dieses Thema öffentlich diskutiert und der Kern des Anliegens deutlich wird. Mit Hilfe von Unterschriftenkampagnen, offenen Briefen an die MinisterpräsidentInnen und Straßen-Aktionen haben wir mit dazu beigetragen, dass diese massive Privatisierung im Jahr 2016 nicht umgesetzt wurde!

Eine Auswahl unserer Aktivitäten im Jahr 2016 haben wir unten angefügt. Das und noch mehr konnten wir nur machen, weil Sie und mehrere andere SpenderInnen und Fördermitglieder unsere Arbeit finanziert haben. Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung und freuen uns, wenn Sie sich auch 2017 für die Gemeingüter einsetzen.

Mit herzlichen Grüßen

Laura Valentukeviciute Carl Waßmuth

Laura Valentukeviciute und Carl Waßmuth für das GiB-Team

1. DAS GiB-BÜRO

In unserem Team gab es folgende Veränderungen: Clara Stattegger-Sievers ist seit Februar (anstelle von Christian Weßling) für das Fundraising zuständig. Laura Valentukeviciute ist seit Mitte April wieder aus der Elternzeit zurück. Lauras bisherige Elternzeitvertretung Jana Matteredt bleibt im Team und übernimmt unter anderem das Thema PPP international.

2. UNSERE AKTIVITÄTEN

Unsere Arbeit gegen die geplante Grundgesetzänderung haben wir in mehreren Strategiesitzungen beraten. Als einen der wichtigsten Hebel haben wir die Informationsarbeit identifiziert und deswegen zahlreiche Infoveranstaltungen organisiert, Pressegespräche geführt, Beiträge veröffentlicht und unsere Kritik in den direkten Gesprächen mit Abgeordneten deutlich gemacht. Wir waren auch bei einer Anhörung im Bundestag vertreten. Damit wir durchsetzungsfähiger werden, haben wir zusammen mit Gewerkschaften, Umweltverbänden und Antiprivatisierungsinitiativen das Bündnis „Keine Bundesfernstraßengesellschaft“ ins Leben gerufen. Natürlich haben wir auch wieder Straßenaktionen durchgeführt und so Aufmerksamkeit auf das Thema gelenkt.

2.1 Medienarbeit und Publikationen

Am 15.01. haben GiB und Oxfam einen **Presseworkshop** mit dem Titel „Privates Kapital und Daseinsvorsorge - die Diskussion zu einer Bundesfernstraßengesellschaft“ ausgerichtet. Im Februar wurde unsere **Studie „Aktuelle Entwicklungen bei der Privatisierung der Daseinsvorsorge in Deutschland“** öffentlich vorgestellt, die wir im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ver.di erstellt hatten. **Zitate, Interviews und Beiträge** von uns wurden veröffentlicht von: Spiegel, Taz, Neues Deutschland, Freitag, Lunapark21, Junge Welt, Ossietzky, Deutschlandfunk, ARD-Magazin PlusMinus, Radio Lora. Mehrmals haben die Nachdenkseiten, norberthaering.de, Labour Net Germany und andere Blogs unsere Beiträge aufgegriffen. Am 21.10. haben wir selbst die **Sonderbeilage „Melkkuh Autobahnen“** in der Taz veröffentlicht (65.000 Exemplare). Außerdem haben wir **67 Blogbeiträge** veröffentlicht, **16 Pressemeldungen** herausgegeben und **7 Infobriefe** versendet. Auf unserem Blog erreichten wir einen neuen **Rekord an BesucherInnen: 5.664** an einem Tag.

2.2 Veranstaltungen und Aktionen

- 14.01. ver.di-**Fachdialog** im Deutschen Bundestag „Der Staat – in Zukunft eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung?“ u.a. mit Carl Waßmuth
- 09.02. **Aufruf** „Bundesfernstraßengesellschaft verhindern“ im Bundesrat, 5.000 Unterschriften an Christian Pegel, Minister für Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern, überreicht
- 19.02. GiB-**Fachtag** „Verkehrspolitische Konsequenzen einer Bundesfernstraßengesellschaft“
- 17.03. **Unterschriftenübergabe:** 254.000 Unterschriften an Bremens Oberbürgermeister Carsten Sieling für die MinisterpräsidentInnen der Länder überreicht mit campact
- 13.04. **Bundestagsanhörung** zur Bundesfernstraßengesellschaft, Carl Waßmuth als Sachverständiger
- 22.04. "PPP-Projekt Museum der Moderne? Die Kulturstaatsministerin Monika Grütters muss umsteuern!" **Aktion** am Kulturforum Berlin
- Mai **Aktionstage:** An 25 Orten protestierten Menschen gegen die Autobahnprivatisierung und die Grundgesetzänderung mit STOP-Schildern und Forderungen „Keine Grundgesetzänderung“ und „Keine Privatisierung der Autobahnen“
- 09.06. „Wie öffentliches Bauen ohne PPP finanziert werden kann“ - **Vortrag und Diskussion** mit Jürgen Lauber, Ulrike von Wiesenau und Gerlinde Schermer
- 16.6. **120 Menschen protestieren** gegen die Zerstörung von Verkehrsinfrastruktur: am Vormittag vor der Ministerpräsidentenkonferenz und am Nachmittag vor dem Treffen im Kanzlerinnenamt.
- 14.07. **Vortrag** bei der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG, Prof. Dr. Jürgen Schutte
- 15.10. Jana Mattered mit einem **Vortrag** beim Bundestreffen von Wasser in Bürgerhand
- 27.10. **Vortrag** bei einer Ver.di-Tarifkonferenz in Fulda von Carl Waßmuth
- 09.11. **Fachgespräch** im Bundestag „Gutes öffentliches Bauen“ mit Carl Waßmuth und Jürgen Lauber
- 05.12. **Redebeitrag** Carl Waßmuth auf der Montagsdemo in Stuttgart
- 08.12. **Unterschriftenübergabe** an Malu Dreyer und Erwin Sellering vor dem Bundesrat mit Riesen-Registrierkasse und dem Theaterstück „Gabriel verhindert Privatisierung“
- 13.12. Jana Mattered bei einer Podiumsdiskussion auf der Konferenz zur internationalen Infrastrukturpolitik in der Heinrich-Böll-Stiftung.

Bei und mit attac: 19.01. **Vortrag** bei attac Berlin, Carl Waßmuth; 16.04. attac Ratschlag: **Workshop** und **Start einer gemeinsamen Kampagne** zu Grundgesetzänderung; 21.07. **Vortrag** bei attac Hannover, Carl Waßmuth; 03.- 06.08: **Vorträge und Workshops** im Rahmen der attac Sommerakademie, Jana Mattered, Anne Schulze-Allen, Arno Behlau und Carl Waßmuth; 18.09. **Vortrag** bei attac Düsseldorf, Carl Waßmuth.

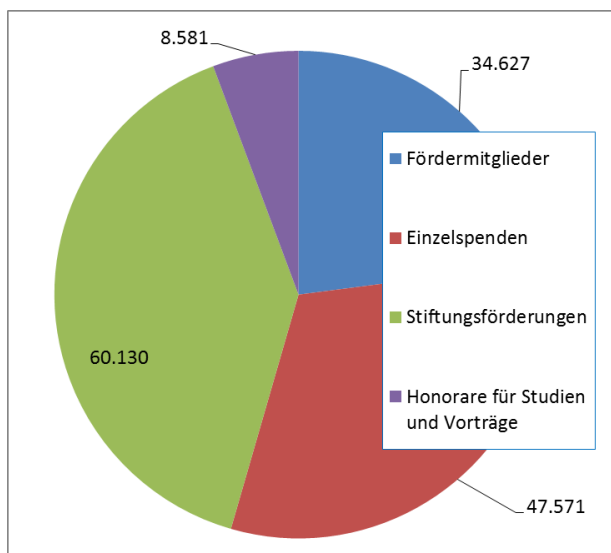
2.3 Mitgliedschaften und Kooperationen

Neben dem neuen Bündnis „Keine Fernstraßengesellschaft“ sind wir seit 2016 aktiv im Bündnis und Vorbereitungsprozess des Gegengipfels zu G20 in Hamburg. Im Rahmen von gemeinsamen Veranstaltungen, offenen Briefen oder Aktionen kooperierten wir im Jahr 2016 u.a. mit: Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft, APRI-Netzwerk, attac, Bahn für Alle, Berliner Wassertisch, Braunschweiger Bürgerinitiative BIBS, Counter Balance, Erlassjahr, Heinrich-Böll-Stiftung, Mühlheimer Bürgerinitiative MBI, Netzwerk Selbsthilfe, Oxfam, Robin Wood, Re:Common, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Urgewald, Ver.di Netzwerk Wasser sowie Fachbereiche Gemeinden und Bund/Länder, Vereinigung der Straßenwärter VdStra, Wasser in Bürgerhand und WEED.

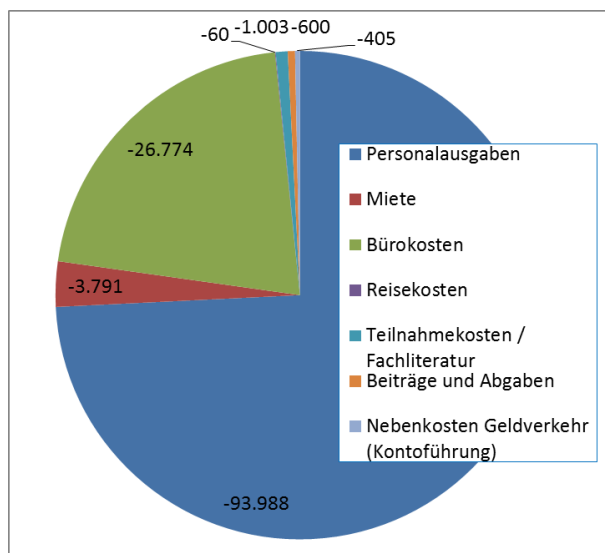
3. FINANZEN

Das Jahr 2016 war auch finanziell geprägt vom Thema Autobahnprivatisierung. Von SpenderInnen, Fördermitgliedern und Stiftungen haben wir mehr Geld für unsere Kampagne bekommen. So konnten wir unsere Öffentlichkeitsarbeit ausweiten und z.B. eine taz-Beilage und einen Video-Clip finanzieren. Einige größere Rechnungen müssen noch beglichen werden, das ist mit Hilfe des entstanden Überschusses auch möglich.

Einnahmen insgesamt: 150.909 Euro



Ausgaben insgesamt: 127.055 Euro



4. AUSBLICK

Die Regierung verfolgt ihren Plan weiter und will nun zügig im Bundestag und Bundesrat über die Grundgesetzänderungen abstimmen lassen. Aber auch wir lassen nicht locker: Wir werden bundesweite Aktionen machen, Infoveranstaltungen durchführen, in Anhörungen im Bundestag unsere Kritik äußern und Druck auf die Abgeordnete ausüben - z.B. im Rahmen einer Postkartenaktion. **Machen Sie mit: beteiligen Sie sich an unseren Aktivitäten, unterstützen Sie unsere Arbeit weiterhin finanziell.** Die Kampagne gegen Privatisierung per Grundgesetzänderung kostet viel Geld und Zeit, wir können das nur mit Ihrer Hilfe schaffen!